Dienstag, 23. Januar 2018 | Nummer 17 | **Fr. 2.50**

WWW.
VATERLAND.LI

LIECHTENSTEINER
Vaterland

MIT AMTLICHEN PUBLIKATIONEN - TAGBLATTVERBUND - TEL. +423 236 16 16 - www.vaterland.li

Kosovo wäre das schlimmste Los
Am Mittwoch findet die Auslosung zur ersten Nations League statt. Es gibt stärkere und einfachere Gegner. 23

Hilti im Höhenflug
Mit über 10 Prozent wächst Hilti im Jahr 2017 stark und blickt zuversichtlich in die Zukunft. 25

Radarbussen
Viele Empfänger bleiben unerreicht 2

Lustvolle Kunst
Das Küefer-Martis-Huus startet in die Saison 17

Derby-Niederlage
Die Vaduzer Squasher unterliegen Grabs 21

Augenschein
Das WEF bringt vier Mal mehr Flugverkehr 7

Rotes Kreuz
IKRK-Präsident Peter Maurer besucht Liechtenstein. 9

Sapperlot

Heute startet in Davos das World Economic Forum (WEF). Dort geben sich die Polit- und Wirtschaftspromis die Klinke in die Hand und sind geblendet: Geblendet von der Schönheit der Alpen, vom Glanz der eigenen Person. Nobler Zwirn wird spazieren getragen. Hohe Kosten und weit weg vom «Pöbel»: Das WEF ist ein Symbol für eine dekadente Elite – und wohl kein anderer Anlass steht besser dafür, dass gewisse Vertreter schon lange den Bezug zu jenen verloren haben, die sie eigentlich vertreten müssten. Merkel, Trump, Staatschefs und Wirtschafskapitäne im Nobelort: Mehr Schein als Sein, feine Häppchen, teure Apéros und vor allem heisse Luft. Sehen und gesehen werden, während «normale Menschen» arbeiten gehen müssen – um eben solche Anlässe mit den Steuergeldern zu finanzieren. Der Glanz überstrahlt nun mal die Frage nach dem Nutzen. Nobel geht die Welt zugrunde.

Michael Winkler

In Malbun wurde erstmals Sperrstufe B verhängt

Naturgefahr Der Lawinendienst hat gestern in Malbun erstmals die Sperrstufe B verhängt. Damit wurde das Gebiet Musbühel (Bild) bis Heitahütti mit einem Betretungsverbot belegt. Auch der Sassweg, die Langlaufloipen in Steg sowie die Skipisten Täli und Sareis wurden aus Sicherheitsgründen gesperrt. 2, 18

Bild: Nils Vollmar

Umweltorganisationen fordern Massnahmen

Gewässerschutz In einer Pressekonferenz fordern LGU, WWF und Co. Taten der Regierung.

Der Zustand liechtensteinischer Gewässer muss mancherorts verbessert werden. Darin sind sich Umweltschutz und Regierung einig. Den Umweltschutzorganisationen geht es aber zu wenig schnell. Deshalb forderten sie an einer gemeinsamen Medienkonferenz Taten. Es sei zu spät gehandelt worden und was im Bericht der Regierung zu finden sei, sei zu wenig. Dabei seien die Versäumnisse weit über die Amtszeit der aktuellen Regierung hinaus geschehen. Besondere Forderung ist dabei die Aufweitung des Alpenrheins zugunsten der Biodiversität. Zwischen Bad Ragaz und Maienfeld gab es hier schon Bewegung, in Liechtenstein nicht. «Dass der Alpenrhein ökologisch tot ist und darin kaum mehr Fische schwimmen, das ist nichts Neues und wurde längst im Rahmen eines fischökologischen Monitorings festgehalten.» Dies einfach ohne Gegenmassnahmen hinzunehmen, sei «himmeltraurig», erklärte beispielsweise Andreas Götz von der Werkstatt Faire Zukunft.

«Grosse Anstrengungen liegen vor uns»

Umweltministerin Dominique Gantenbein gibt zu, dass noch viel zu tun ist, was solche Anliegen angeht. Schliesslich gehe es auch darum, den Erhalt des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens und die Bereitstellung von Flächen für Gewässerrevitalisierungen gegeneinander abzuwägen.

Gantenbein verspricht aber, dass die geforderten Massnahmen überprüft werden und – falls möglich – in den vorliegenden Bericht eingearbeitet werden. Bezüglich der Rheinaufweitungen sei man bereits in Gesprächen mit Vertretern der anderen Rheinseite. *(red)* 3

Landesausschuss trifft sich heute zu einer Sitzung

Wie gestern kurz vor Redaktionsschluss bekannt wurde, trifft sich heute der Landesausschuss zu einer Sitzung. Dies bestätigte Ausschuss-Mitglied Violanda Lanter-Koller (VU) auf Anfrage. Wie bei nicht öffentlichen Landtagssitzungen üblich, dürfe sie aber über den Grund der Einberufung nichts sagen. Dies ist umso überraschender, da der Landtag am Donnerstag wieder eröffnet wird. Zudem ist die Einberufung des Ausschusses in der Geschichte eher selten. Im letzten Jahr traf sich die Vertretung des Landtags in der OKP-Krise. Der Landesausschuss wahrt die Rechte des Gesamtlandtags von der Schliessung am Ende eines Jahres bis zur Wiedereröffnung zu Beginn des folgenden Jahres. Der derzeitige Landesausschuss setzt sich aus Landtagspräsident Albert Frick (FBP), Violanda Lanter-Koller (VU), Daniel Oehry (FBP), Jürgen Beck (DU) und Thomas Lageder (FL) zusammen. *(red)*

Bessere Abschussquote dank früherem Jagdbeginn

Die umstrittene Massnahme, bereits im Mai die Rotwildjagd zu eröffnen, scheint zu wirken. So konnte im Jagdjahr 2017/18 in Liechtenstein der Abschussplan beim Rotwild zu 113 Prozent erfüllt werden. Auch beim Rehwild konnte die Quote um 5 Prozent übertroffen werden. Einzig beim Gamswild konnten die vorgegebenen Abschusszahlen nicht erreicht werden. Deshalb wurde die Jagdzeit bis zum 15. Januar verlängert. 5

Landespolizei ist neu auf Facebook

Präsenz Seit gestern ist die Landespolizei mit einem eigenen Profil auf Facebook vertreten. Zusätzlich zur Homepage und der «erfolgreichen» Landespolizei-App wird der Schritt in die Welt der sozialen Medien getätigt. Neben der täglichen Polizei-Information bietet Facebook Platz für Geschichten mit spannenden sowie witzigen Inhalten und zeigt Einblicke in den Alltag der Landespolizei. Es lohnt sich, die Landespolizei auch auf Facebook zu besuchen. *(pd)*

Mehr Autos zugelassen

Vaduz Von Januar bis Dezember 2017 wurden in Liechtenstein 2796 Neufahrzeuge zugelassen, davon waren 2024 Personenwagen. Wie das Amt für Statistik mitteilt, ergab sich somit bei den Fahrzeugen eine Erhöhung von 0,3 Prozent und bei den Personenwagen eine Erhöhung von 2,0 Prozent gegenüber den Zahlen vom Vorjahr. Im Jahr 2017 betrug der Anteil mit Diesel-Kraftstoff betriebener Personenwagen 41,8 Prozent. Im Vorjahr waren es 49,6 Prozent gewesen. Allein im Dezember 2017 wurden in Liechtenstein insgesamt 197 neue Fahrzeuge zugelassen, davon waren 157 Personenwagen. Im Vergleich mit dem Vorjahresmonat ergab sich bei den Fahrzeugen ein Rückgang von 15,5 Prozent und bei den Personenwagen ein Rückgang von 10,8 Prozent. *(pd/ts)*

Gesundheit vor Verkehrsregeln

Umfrage Für Ärzte sollten im Notfalleinsatz andere Verkehrsregeln gelten als für den Rest. Das finden zumindest 71,55 Prozent der Teilnehmer der Wochenumfrage auf vaterland.li. Die Vorgeschichte: Ein Arzt wurde kürzlich gebüsst, als er zu schnell fuhr und damit einem Herzpatienten womöglich das Leben gerettet hatte. In der neuen Wochenumfrage wird es wieder sportlich. Angesichts des nahenden Super Bowls will das «Vaterland» wissen, welches Sportereignis die Leser am meisten interessiert. Denn am 4. Februar steigt wieder der Super Bowl und ein paar Tage darauf starten die Olympischen Winterspiele in Südkorea. *(red)*

Neue Umfrage der Woche
Welches Sportereignis interessiert Sie am meisten?
vaterland.li

20004
9 771818 920002

Vaduzer Medienhaus AG, Liechtensteiner Vaterland Lova Center, Postfach 884, 9490 Vaduz, Tel. +423 236 16 16, Tel. Abodienst: +423 236 16 61, Nachttelefon Redaktion: +423 236 16 00, E-Mail Redaktion: redaktion@vaterland.li – E-Mail Sportredaktion: sport@vaterland.li – E-Mail Abo: abo@vaterland.li – E-Mail Inserate: inserate@vaterland.li, Vaterland online: www.vaterland.li

«Liechtenstein verharrt in Untätigkeit»

Unzufrieden Umweltorganisationen üben heftige Kritik an der Regierung: Schon im letzten Jahr hätte sie ein Papier mit Massnahmen vorlegen müssen, um den Gewässerschutz zu verbessern. Seit Sommer gibt es nun eines – das angeblich enttäuscht.

Bettina Stahl-Frick
bstahl@medienhaus.li

Der Samina- oder auch der Lawenabach in Liechtensteins Alpen, der Binnenkanal, dessen Entstehung bis ins 19. Jahrhundert zurückreicht, oder auch der Rhein, der als Grenzfluss als grösstes Gewässer der Region gilt – alle sind sie Gewässer, die einen wichtigen Beitrag zur Natur und Naherholung leisten. Entsprechend ist der Schutz der Gewässer wichtig – eine Rolle spielt dabei die Wasserqualität, die sich gemäss Statistik vor allem in Fliessgewässern verschlechtert hat. Ebenso wichtig für den Gewässerschutz ist ausserdem deren Revitalisierung .

Um diesem Schutz auch gerecht zu werden, hat sich Liechtenstein im Rahmen des EWR-Abkommens zu einem Massnahmenpapier verpflichtet. Dieses hätte die Regierung gemäss Abkommen bis 2016 ausgearbeitet haben sollen, bis 2020/21 sollten die Massnahmen greifen und umgesetzt sein. Erst seit Sommer liegt jedoch das Papier vor – «und damit ist die Verpflichtung noch lange nicht erfüllt», sagt Monika Gstöhl, Geschäftsführerin der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umweltschutz, kurz LGU. Festgehalten seien lediglich «wenige vage Verbesserungsvorschläge», wie sie sagt. Ihr Fazit: «Liechtenstein verharrt bis auf Weiteres in Untätigkeit.» Zwar sei der Zustand der Gewässer Liechtensteins beschrieben wie auch die Vorstellung, welche Qualität erreicht werden möchte. Der Weg dazwischen, dieser fehle jedoch: Wie will man den erwünschten Zustand erreichen? Welche Massnahmen will die Regierung konkret ergreifen? Wie sieht der zeitliche Horizont aus? Fragen, deren Antworten im Bewirtschaftungsplan den Wirtschaftsorganisationen zu vage ausfallen. «Sehr enttäuschend», sagt Monika Gstöhl. Deshalb hat sie sich zusammen mit den Vertretern der «Werkstatt Faire Zukunft», dem WWF und dem Naturschutzbund Vorarlberg entschieden, die Medien und damit die Öffentlichkeit über diesen Missstand aufmerksam zu machen. Gestern Vormittag haben sie nach Ruggell eingeladen, wo die LGU an der Dorfstrasse zu Hause ist.

«Versäumnis geht über Jahre hinaus»

Als «schwach» bezeichnet Monika Gstöhl ausserdem die Begründung für eine Fristverlängerung. «Die Regierung hält in ihrem Bericht fest, dass in puncto Gewässerschutz Massnahmen ergriffen werden müssen.» Dies sei jedoch nicht mit der dafür angesetzten Deadline 2020/21 vereinbar. Der LGU-Geschäftsführerin stellt sich dementsprechend eine weitere Frage: «Warum hat sich die Regierung denn nicht eher darum gekümmert?» Mit dieser Frage spricht sie natürlich nicht nur Regierungsrätin Dominique Gantenbein an, die erst seit einem Jahr das Umweltministerium inne hat. Das Versäumnis gehe über die aktuelle Regierung hinaus und damit gleich mehrere Jahre zurück. Als Beispiel erwähnten die Umweltvertreter Bad Ragaz: Im Rheinabschnitt zwischen Maienfeld und Bad Ragaz soll auf einer Länge von rund drei Kilometern eine Verbreiterung des Rheins ermöglicht werden. Dem baldigen Start geht eine zehnjährige Planungszeit voraus.

Alpenrhein: «Rein ökologisch tot»

Sichtlich verärgert zeigt sich auch Andi Götz von der Werkstatt Faire Zukunft: «Ich finde es besonders stossend, dass die Regierung im Bericht zwar festhält, dass sie sich ihrer Verpflichtung bewusst ist, dem aber keine Taten folgen lässt.» Abgesehen davon müsste über den Zustand der Gewässer gar nicht diskutiert werden: «Dass der Alpenrhein ökologisch tot ist und darin kaum mehr Fische schwimmen, das ist nichts Neues und wurde längst im Rahmen eines fischökologischen Monitorings festgehalten.» Dies einfach ohne Gegenmassnahmen hinzunehmen, sei «himmeltraurig», so Götz. Genauso «himmeltraurig» ist für Andi Götz, dass dem Alpenrhein in dem Bericht kaum Platz eingeräumt wurde. Gemäss einer repräsentativen Umfrage sprechen sich laut Götz 69 Prozent der Bevölkerung für eine Rheinaufweitung aus. «Ein Signal, das die Regierung ignoriert», kritisiert Andi Götz. Und so damit auch gegen das Gewässerschutzgesetz verstosse.

Er habe sich erst einmal die Augen gerieben, als er sich den besagten Bericht durchgesehen hätte, sagte Lukas Indermaur vom WWF St. Gallen. Mit einem Massnahmenplan habe dies nun wirklich nichts zu tun. Liechtenstein beobachte das Geschehen wie von einem Balkon herab: «Man schaut mal nach links, dann nach rechts und verharrt dann in der Mitte», so Lukas Indermaur. Und dies obwohl Liechtenstein mittlerweile über genug Informationen verfüge, um nun endlich tätig zu werden. In einem zweiten Schritt möchten die Umweltvertreter das direkte Gespräch mit der Regierung suchen. «Wir möchten, dass die vorgeschlagenen Massnahmen konkretisiert werden», sagt Monika Gstöhl. Sie glaube sehr wohl, dass Umweltministerin Dominique Gantenbein ein offenes Ohr für diese Anliegen habe.

Welche Richtung die Gesamtregierung nun tatsächlich einschlagen will, darauf sind die Umweltorganisationen gespannt.

Taten ihren Unmut kund: Andi Götz (links) von der Werkstatt Faire Zukunft, Monika Gstöhl, LGU-Geschäftsführerin, und Lukas Indermaur vom WWF St. Gallen. Bild: Daniel Schwendener

«Es liegen – trotz Erfolgen – noch grosse Anstrengungen vor uns»

Die Vertreter der Umweltorganisationen sind sich einig, dass das Versäumnis in Sachen Gewässerschutz über mehrere Jahre zurückgeht.

Was die Amtszeit der aktuellen Umweltministerin Dominique Gantenbein angeht, bestätigt diese auf Anfrage: «Nach der Übernahme des Ministeriums wurde der Bewirtschaftungsplan und das Massnahmenprogramm nach Wasserrahmenrichtline zeitnah finalisiert und in Vernehmlassung geschickt.» Der Prozess sei entsprechend im Gange und werde sehr wohl ernst genommen.

Einbezug aller Akteure nötig

Das vorliegende Massnahmenprogramm beschreibe die grossen Stellschrauben, die notwendig sind, um die Umweltziele zu erreichen. «Wie diese gedreht werden müssen, soll zusammen mit den involvierten Akteuren im Rahmen der Umsetzung erörtert werden», so Gantenbein.

Konkret geht es jeweils um die gesellschaftspolitische Frage zur Abwägung zwischen den Anliegen zum Erhalt des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens und der Bereitstellung von Flächen für Gewässerrevitalisierungen. «Unbestritten ist, dass trotz verschiedener Erfolge im Gewässerschutz noch grosse Anstrengungen vor uns liegen», sagt Dominique Gantenbein. Insbesondere bei der Revitalisierung der meist geradlinigen, strukturarmen Fliessgewässer.

«Dennoch sollte der nationale Bewirtschaftungsplan nicht mit einer Renaturierungsplanung verwechselt werden», warnt Umweltministerin Gantenbein. Gerade hier brauche es den Einbezug aller involvierten Akteurinnen und Akteure, um erfolgreiche Projekte realisieren zu können.

Bedenken und Anregungen ernst nehmen

Dominique Gantenbein möchte die Bedenken der verschiedenen Umweltorganisationen sehr wohl ernst nehmen: «Die im Rahmen der Konsultation eingegangenen Stellungnahmen werden nun geprüft und nach Möglichkeit in den vorliegenden Bericht eingearbeitet.» Da das Massnahmenprogramm gemäss Gewässerschutzgesetz jeweils im Einvernehmen mit den Gemeinden zu erstellen ist, werde der überarbeitete Bericht wiederum den Gemeinden vorgelegt und bei Bedarf dann diskutiert. Erst nach Vorliegen der Zustimmung aller Gemeinden wolle die Regierung den Bericht schliesslich verabschieden.

Umweltministerin Dominique Gantenbein möchte die Stellungnahmen nun prüfen und nach Möglichkeit in den Bericht einarbeiten. Bild: ds

Rheinaufweitung: Grundlagen in Arbeit

Auf Kurs bleiben will die Regierung auch in Sachen Rheinaufweitung: «Wie bereits bekannt, beschäftigt sich das Land mit den Vorarbeiten für eine äusserst umfassende Sanierung der Rheindämme», so Dominique Gantenbein.

Diesbezüglich gelte es, auf Grundlage der bestehenden Verträge und Vereinbarungen verschiedenste Fragestellungen mit den entsprechenden Fachstellen des Kantons St. Gallen zu koordinieren. Wie dabei mit den im Entwicklungskonzept Alpenrhein auf dem liechtensteinischen Rheinabschnitt vorgeschlagenen Flussaufweitungen umgegangen wird, sei ebenfalls Gegenstand der derzeit laufenden Gespräche.

«Bereits seit vielen Jahren besteht ein regelmässiger Kontakt und eine wirklich sehr gute Zusammenarbeit mit dem Kanton St. Gallen», so die Umweltministerin. Dies im Rahmen der Internationalen Regierungskonferenz Alpenrhein, sowohl auf Regierungsebene wie auch auf Fachebene in den entsprechenden Arbeitsgruppen.

Bettina Stahl-Frick
bstahl@medienhaus.li